

# Die öffentliche Hand

Zeitung der Betriebsgruppe Öffentlicher Dienst  
der Deutschen Kommunistischen Partei Hamburg

März 2013



## Wer nicht kämpft hat schon verloren!

*Viele GewerkschaftskollegInnen wissen oder ahnen es zumindest: Geschenkt bekommen wir gar nichts. Das war schon immer so.*

Geschenkt gab es weder den 8-Stunden Tag, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die 5-Tage-Woche, 30 Tage Urlaub. Weder die Gehälter, die ein einigermaßen erkleckliches Auskommen bedeuten, und nicht einmal die Hungerlöhne, die kaum oder sogar ganz und gar nicht zum Leben reichen. Nichts gibt es in der Auseinandersetzung zwischen uns und den „Arbeitgebern“ geschenkt.

Für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall z. B. haben 1956 34000 Metalller 114 Tage lang gestreikt. Das war damals der längste Streik seit 1905.

Warum denn sollten die als Arbeitgeber bezeichneten, aber tatsächlich unsere Arbeitskraft nehmenden, auf der anderen Seite der Gesellschaft Stehenden, ein Interesse daran haben, uns „Gutes zu tun“? Nein, immer geht es darum, ob wir einen größeren Anteil vom Kuchen abtrotzen können oder nicht.

**Es gab Zeiten, da war es einfacher uns durchzusetzen.** Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war höher. Aber da gab es auch nebenan die DDR, die sich bemühte eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus aufzubauen und die (fiktiv natürlich nur) immer mit am Verhandlungstisch saß. Wir bzw. unsere Mütter und Väter sollten bloß nicht auf die Idee kommen, dass es etwas Besseres gäbe, als den werbungsbunten Kapitalismus.

Seit einigen Jahren aber gehen unsere Kämpfe nicht mehr um Verbesserungen, sondern darum weiteren Abbau zu verhindern.

Viele KollegInnen gerade auch im Öffentlichen Dienst scheinen immer noch nicht wahrhaben zu wollen, dass ohne unsere Gegenwehr es immer weiter nach unten geht. Warum



sonst wäre der gewerkschaftliche Organisationsgrad so gering?

Bei allem Meckern und mancher sicher auch berechtigten Kritik an den Gewerkschaften muss doch eins klar sein:

**Wir können unsere Interessen nur mit einer starken Gewerkschaft durchsetzen.**

**Stark kann eine Gewerkschaft aber nur sein, wenn ein großer Teil der Beschäftigten dort organisiert ist!**

Die Gegenseite ist gut organisiert, um deren Interessen brauchen wir uns nicht zu scheren.

Auch im Öffentlichen Dienst brauchen wir uns nicht den Kopf unserer „Arbeitgeber“ zu zerbrechen.

Sie sagen, die Länder, die Stadt hat kein Geld. Das aber sehen wir anders: Was ist mit der Elbphilharmonie, der U4, der mangelnden Besteuerung der Reichen, die Verschleuderung von Milliarden durch die HSH-Nordbank? Warum müssen wir eigentlich den Afghanistankrieg finanzieren, aber Jahr für Jahr Verschlechterungen in so vielen unser Leben bestimmenden Bereichen hinnehmen?

**Nein, wir wollen nicht mehr verzichten.**

Wir brauchen mehr Geld zum Leben und mehr Freizeit, damit wir vernünftig leben können. Wir wollen Löhne, mit denen man sich eine vernünftige Wohnung leisten kann, mit denen man in Urlaub fahren kann, die Ausbildung der Kinder finanzieren, Kultur und Sport erleben kann und die unsere Rente sichern. Wir wollen arbeiten, um zu leben und nicht leben, um zu arbeiten. Denn wir sind diejenigen, die den gesamten gesellschaftlichen Reichtum produzieren. Ja, auch die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Rücknahme der Rente mit 67 muss auf die Tagesordnung und selbstverständlich brauchen wir ausreichend Urlaub. Nicht weniger, sondern, um die immer weiter zunehmene Arbeitsverdichtung auszugleichen, mehr.

**Also: Organisiert euch! Gemeinsam sind wir unglaublich stark!**

# **Tarifrunde Öffentlicher Dienst 2013 - Kein Verzicht für Banken und Konzerne!**

**6,5 % mehr Gehalt + sozialer Komponente und vollständiger Erhalt des Urlaubsanspruchs! Verbindliche Übernahme der Auszubildenden sowie eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 100 €!**

Das fordert Ver.di in der jetzt anstehenden Tarifrunde 2013 für die rund 750.000 Tarifbeschäftigten der Bundesländer. Sowie eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die 1,2 Millionen Beamten/innen!

Vor einem Jahr im Tarifkonflikt bei Bund und Kommunen wurde immerhin eine Verbesserung um 6,3 Prozent erreicht, allerdings wieder einmal bei einer viel zu langen Laufzeit von zwei Jahren. Ziel für uns KollegInnen aus den Landesdienststellen muss es jetzt sein, die drastische Einkommenslücke zwischen uns und den KollegInnen von Bund und Kommunen zu schließen.

**Wir geben keine Ruhe mehr – 30 Tage Urlaub für alle muss her!**

Die TdL hat die Urlaubsregelungen des Tarifvertrages für den ÖD der Länder (TV-L) gekündigt. Wir KollegInnen werden es nicht hinnehmen, dass langfristig ein Urlaubsanspruch von 26 Arbeitstagen in den Bundesländern zum allgemeinen

Standard wird. Verschlechterungen werden wir nicht zulassen! Etwas faulen Kompromissen, dass z.B. der vollständige Urlaubsanspruch durch Gehaltseinbußen oder durch weitere unsolidarische Staffellungen nach Lebensalter oder Beschäftigungsdauer kompensiert wird, dürfen auf keinem Fall zugestimmt werden!

**Wir KollegInnen der FHH lassen uns nicht erpressen!**

In Hamburg will der SPD Senat die Einhaltung der Schuldenbremse bis 2019 durchsetzen. Den Beschäftigten der FHH wird vom SPD Senat gedroht, dass jede Tarifierhöhung über 1,5 % zu noch mehr Stellenkürzungen führt als die ohnehin schon geplanten 250 Stellen jährlich. Viele Kolleginnen und Kollegen, insbesondere in den Bezirksämtern und bei den Sozialen Diensten arbeiten jetzt schon an der Belastungsgrenze und darüber hinaus. Und nun sollen auch noch Tarifsteigerungen, die über eine „milde Gabe“ hinaus gehen, von uns selbst finanziert werden, mit noch größeren Belastungen durch noch mehr Stellenabbau? Es reicht! Seit 1992 sind schon ca. 30 Prozent der Stellen der FHH durch Abbau oder Privatisierung vernichtet worden.

**Für eine offensive, klassenkämpferische Tarifrunde 2013!**

Entscheidend für wichtige Tarifaufinandersetzungen, auch für die jetzt anstehende Tarifaufeinandersetzung im ÖD der Länder wird es sein, diese als gesellschaftspolitischen Konflikt und klassenkämpferische Tarifrunde zu begreifen sowie als außerparlamentarischen antikapitalistischen Kampf zu führen.

Zu einer offensiven Tarifrunde gehört auch, dass nicht wieder die KollegInnen mit geringem Einkommen im Stich gelassen werden. Obwohl für die jetzige Tarifrunde an der ver.di Basis in der Mehrzahl der Betriebsgruppen und Vertrauensleuteversammlungen ein fester Sockelbetrag beschlossen wurde, hat die große Bundestarifkommission (BTK) nur noch unkonkret eine soziale Komponente ohne einen festen Geldbetrag als Sockelbetrag für die KollegInnen in den unteren Entgeltgruppen gefordert. Dies birgt die große Gefahr für ein kompromissloses Zurückweichen unserer VerhandlungsführerInnen aus der BTK.

Wir, die Gewerkschaftsbasis, müssen soviel Druck aufbauen, dass die Tarifkommission nicht einmal auf die Idee kommt, dieses zu tun.

Die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** wurde 1968 gegründet und setzt sich seit dem aktiv für eine bessere Gesellschaft ein. Wir sind ein Teil der Kämpfe der Arbeiterklasse um mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kämpfe der SchülerInnen und Studierenden für mehr Bildung und den freien Zugang zu ihr und der Kämpfe junger Menschen um eine qualifizierte Ausbildung.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im Mittelpunkt steht und nicht die Profitinteressen der Konzerne. Wir meinen, diese Gesellschaft kann es nur geben, wenn die aktuellen bestehenden Eigentums- und Machtverhältnisse in Frage gestellt und geändert werden. Dafür wollen wir kämpfen – kämpfen für eine gerechte Gesellschaft - für den Sozialismus!

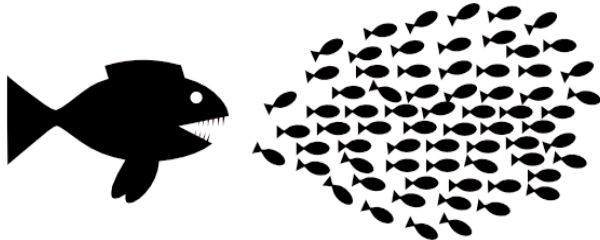
[www.dkp-hamburg.de](http://www.dkp-hamburg.de)  
[kontakt@dkp-hamburg.de](mailto:kontakt@dkp-hamburg.de)

# Was heißt eigentlich ...Gewerkschaft?

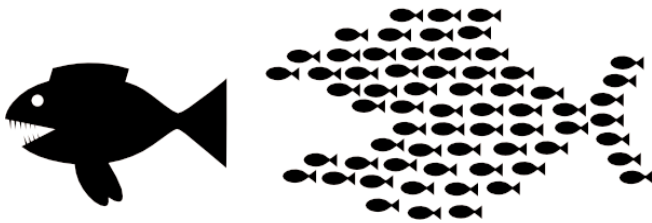
In den Gewerkschaften schließen sich die die lohnabhängig Beschäftigten zusammen, um ihre Interessen gegen die Interessen des Kapitals durchzusetzen.

Das Kapital ist konzentrierte gesellschaftliche Macht, während die einzelnen ArbeiterInnen und Angestellten nur über ihre individuelle Arbeitskraft verfügen. Die einzige gesellschaftliche Macht der lohnabhängig Beschäftigten ist daher ihre Masse.

Gewerkschaften sind also Sammelpunkte des Widerstands gegen das Kapital und seine Bestrebungen, das Lohnniveau zu senken und die Arbeitszeit zu verlängern.



## ORGANIZE!



Diese Macht wird durch Uneinigkeit, die durch die unvermeidliche Konkurrenz untereinander erzeugt wird, aber gebrochen. Durch Zusammenschluss in Gewerkschaften gelingt es uns, diese Konkurrenz zu beseitigen und so die Voraussetzungen zu schaffen, für bessere Bedingungen der Arbeiterklasse zu kämpfen.

Die gewerkschaftlichen Kämpfe für mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit sind absolut notwendig, gleichzeitig aber auch nur Kämpfe gegen die Auswirkungen der Ausbeutung, nicht aber gegen die Ausbeutung selbst. Diese Kämpfe verlangsamen also nur die Abwärtsbewegung, nicht aber ihre Richtung.

Karl Marx sagt dazu: Statt des Mottos „Ein gerechter Lohn für gerechtes Tagewerk!“ sollten die Gewerkschaften auf ihre Banner schreiben:

**„Nieder mit dem Lohnsystem!“**

## Dürfen Beamte streiken?

In der BRD wird diese Frage von GewerkschaftskollegInnen häufig mit ängstlichem und von den selbsternannten Fürsprechern von „Sicherheit und Ordnung“ mit empörtem Unterton gestellt. Außerhalb Deutschlands findet man diese Frage eher komisch, denn dort wird mit Streik weniger das Dürfen als das Können verbunden.

Im Jahre 2009 führte eine Klage zweier Staatsbediensteter der Türkei vor der Europäischen Menschenrechtskommission zu einer für deutsche Verhältnisse überraschenden Entscheidung: Ein Streikverbot (auch für Beamte) verstößt gegen die europäische Konvention der Menschenrechte.

Diese Entscheidung im Rücken, streikten einige mutige Lehrerinnen und Lehrer bei Tarifkämpfen 2010

dann bewusst und offen. Als sie nach herkömmlicher Manier dafür bestraft werden sollten (Gehaltskürzungen, Disziplinarverfahren), wehrten sie sich mit mehreren Gerichtsverfahren, die diese Entscheidung aufgriffen. Die Urteile stellten ein Streikverbot für Beamte auch in der BRD in Frage. Allerdings wurden diese Urteile auf höherer Ebene wieder einkassiert.

Zuletzt (im Oktober 2012) hat die GEW gegen die Urteile des OVG Lüneburg vor dem Bundesverfassungsgericht Verfassungsbeschwerden eingelegt. Ein informativer Artikel dazu:

[http://www.gew.de/GEW\\_legt\\_Verfassungsbeschwerde\\_ein.html](http://www.gew.de/GEW_legt_Verfassungsbeschwerde_ein.html)

**Liebe Kolleginnen und Kollegen Beamte!** Ihr seid sicher nicht Beamte geworden, um von einem Staat, dessen Leitung immer offensichtlicher in die Hände von Lobbyisten der privaten Industrie- und Finanzunternehmen fällt, gezwungen zu werden, gegen eure und unsere gemeinsamen Interessen als Menschen, die mit ihrer eigenen Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, zu handeln. Ihr wisst, dass Arbeitsbedingungen und die Höhe eurer Bezüge sehr deutlich von der Kampf- und Streikkraft der Angestellten und Arbeiter abhängen, denn die Bezüge werden in der Regel den erkämpften Tarifen angepasst.

**Die Tarifrunde geht uns alle an. Also kämpft mit den nicht verbeamteten KollegInnen um unsere gemeinsamen Interessen!**

# Solidarität mit ... den Arbeiterinnen und Arbeitern in Griechenland !

Mit der weltweiten Wirtschaftskrise seit 2008 haben sich die Bedingungen für die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit enorm verschärft.

Während die eine Seite versucht, die Krisenlasten auf die Arbeiterklasse abzuwälzen, um so ihre Profite und letztendlich ihre Existenz zu sichern, verstärkt sich auf der anderen Seite in vielen Ländern Europas der Widerstand hiergegen, insbesondere in Griechenland.

In den letzten Jahren wurden durch die griechische Regierung, die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und den Internationalen Währungsfonds u.a. die Löhne und Renten um 30-60 % gesenkt, das Arbeitslosengeld gekürzt, der Mindestlohn reduziert, die Mehrwertsteuer erhöht, die Gesundheitsversorgung drastisch beschnitten, die Lebensarbeitszeit verlängert und Voraussetzungen für die Privatisierung der Energie- und Wasserversorgung geschaffen, die wiederum zu Lasten der Arbeiterinnen und Arbeiter geht. Die Arbeitslosenzahlen sind drastisch ge-

stiegen und viele Menschen obdachlos geworden.

Gleichzeitig wurden die enorm hohen Rüstungsausgaben beibehalten, von denen insbesondere deutsche und französische Rüstungskonzerne profitieren. Die griechischen Reeder, die zu den weltweit Größten gehören, zahlen keinerlei Steuern und seit 2007 wurden ca. 200 Mrd. € von Griechenland in die Schweiz gebracht. Das was sich auf der einen Seite als Schulden des Staates Griechenland darstellt, sind auf der anderen Seite Gewinne der Rüstungsunternehmen, der Reeder, der Banken und der Bauunternehmen, die von den etwa 20 Mrd. teuren olympischen Spielen in Griechenland profitierten.

Die Maßnahmen wären noch drastischer ausgefallen, wenn die griechischen Arbeiterinnen und Arbeiter sich hiergegen nicht mit massenhaften Generalstreiks und Demonstrationen zur Wehr gesetzt hätten. So musste die griechische Regierung immer wieder geplante Verschlechterungen zurücknehmen.

**Wir hier in Deutschland müssen begreifen, dass sich die Angriffe gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter in Griechenland auch gegen uns richten.**

Wir müssen uns entscheiden, ob wir uns an die Seite derjenigen stellen, die gegen die Verschlechterungen ihrer Lebenssituation kämpfen oder ob wir still bleiben und uns von den Interessen der deutschen Unternehmen und Banken vereinnahmen lassen. An Griechenland soll ein Beispiel durchexerziert werden, wenn sie dort mit ihren Verschlechterungen durchkommen, wird sich auch unsere Situation verschlechtern.

Lasst uns also gemeinsam streiten für mehr Lohn, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen, eine gute Gesundheitsversorgung und vernünftige Wohnungen. Organisieren wir uns gegen die Ausbeutung, entwickeln wir unsere Stärke durch solidarisches Handeln in Büro und Betrieb, im Kleinen und im Großen, national und international. Gemeinsam können wir uns durchsetzen!

**Impressum:** "Öffentliche Hand" ist die Zeitung der Sammelbetriebsgruppe Öffentlicher Dienst der DKP Hamburg. Die Sammelbetriebsgruppe ÖD trifft sich jeden 1. Montag im Monat im MTZ um 18:00 Uhr.

Zuschriften bitte an "Öffentliche Hand", DKP, Magda-Thürey-Zentrum (MTZ) Lindenallee 72 in 20259 Hamburg.  
ViSdP: Olaf Harms, Hamburg

